

Geschäftsführung:
Fachbereich 4 Planen und Bauen

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses der
Stadt Lüdenscheid**

am 30.09.2020

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Jens Holzrichter FDP

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Otto Bodenheimer	Bündnis	
90/Die Grünen		
Ratsherr Gordan Dudas MdL	SPD	
Herr Fabian Ferber	SPD	
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Dirk Franke	SPD	
Ratsfrau Dr. Antje Heider	CDU	
Ratsfrau Karin Hertes	SPD	
Ratsfrau Susanne Mewes	CDU	
Ratsherr Michael Meyer	CDU	
Herrn René Pickard	CDU	ab 17:04 Uhr
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn	CDU	
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa	SPD	
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	
Herrn Michael Thomas-Lienkämper	Linke Liste	
Lüdenscheid		
Herr Horst Eick	SPD	
Ratsherr Dominik Petereit	FDP	

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Thomas Funk	Fraktionslos	
Herr Martin Kornau	Fraktionslos	ab 17:05 Uhr

Verwaltung:

Herr Martin Bärwolf		
Herr Frank Kusmirtz		
Frau Sabrina Bräucker		
Frau Hede Edelhoff		
Herr Christian Hayer		
Herr Karsten Koppmeier		
Herr Holger Moeser		
Frau Christina Padovano	Personalrat	
Herrn Christopher Rehnert		

Herr Dieter Rotter
Frau Marit Schulte
Frau Martina von Schaewen
Herr Martin Walter
Frau Gudrun Abendroth
Frau Myriam Hein
Frau Nina Niggemann-Schulte
Herr Jörg Weber

Schriftführung:

Frau Melita Alzorba
Frau Birgit Stoltefaut-Voß

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Herr Peter Arens	CDU	
Frau Sandra Manß	SPD	
Herr Richard Oettinghaus	Alternative für	Entschuldigt
Lüdenscheid		

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Frau Kalliopi Georgiadou	Internationale
Liste der SPD	

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:50 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Entfällt

2. Vorstellung des künftigen Leiters der Feuerwehr Lüdenscheid, Herrn Christopher Rehnert

Vorsitzender Holzrichter begrüßt Herrn Christopher Rehnert, der am 01.10.2020 seinen Dienst als Leiter der Feuerwehr Lüdenscheid antrete.

Herr Rehnert stellt sich und seinen Werdegang kurz persönlich vor. Er freut sich auf seine neue Aufgabe bei der Stadt Lüdenscheid.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Vorstellung und wünscht Herrn Rehnert gutes Gelingen und eine angenehme Übergabe von Herrn Walter an ihn.

Sodann begrüßt er Frau Hede Edelhoff, die bereits am 01.08.2020 ihren Dienst als Leiterin der Bauaufsicht bei der Stadt Lüdenscheid aufgenommen habe. Eine erste Vorstellung sei bereits in der Gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt sowie Bau und Verkehr am 17.06.2020 erfolgt, an der Frau Edelhoff als Gast teilgenommen habe.

Frau Edelhoft stellt sich noch einmal kurz vor. Seit ihrem Dienstbeginn am 01.08.2020 habe sie bereits erste Erfahrungen sammeln können. Sie führt aus, dass sie ein gutes, fachlich versiertes und freundliches Team übernommen habe und freut sich auf die nächsten Jahre bei der Stadt Lüdenscheid. Sie hoffe auf eine gute Zusammenarbeit mit den Ausschussmitgliedern und betont, dass sie bei auftretenden Problemen immer gerne angesprochen werden könne. Sie werde dann versuchen, diese zu lösen und ggf. schwer nachvollziehbare rechtliche Vorgaben zu erklären.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Vorstellung und wünscht ihr gutes Gelingen.

3. Antrag der SPD-Fraktion vom 20.05.2020 zum Verfahren beim Verkauf von stadteigenen Wohnbaugrundstücken, vertagt aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 25.05.2020

**3.1. Stellungnahme zum Antrag der SPD-Fraktion vom 20.05.2020 zum Verfahren beim Verkauf von stadteigenen Wohnbaugrundstücken
Vorlage: 221/2020**

Vorsitzender Holzrichter führt aus, dass die Verwaltung eine schriftliche Stellungnahme zum Antrag der SPD-Fraktion vom 20.05.2020 zum Verfahren beim Verkauf von stadteigenen Wohnbaugrundstücken unter der Beschlussvorlage Nr. 221/2020 vorstelle. Erläuterung durch die Verwaltung wird nicht gewünscht. Vorsitzender Holzrichter stellt fest, dass die Verwaltung in ihrer Stellungnahme die im SPD-Antrag beschriebene Vorgehensweise befürworte, die sie bereits in der Vergangenheit praktiziert habe.

Die Ausschussmitglieder nehmen somit wie von der Verwaltung vorgeschlagen, einstimmig Kenntnis von der beschriebenen Vorgehensweise.

Beschluss:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

**4. Schriftwechselvereinbarung zur Übernahme von Planungsleistungen des Landes durch die Stadt Lüdenscheid
Vorlage: 207/2020**

Auf Nachfrage von Ratsherrn Bodenheimer erläutert Herr Hayer, dass die Umgestaltung des Bräuckenkreuzes lediglich ein Beispiel darstelle. Hier sei bisher lediglich eine Voruntersu-

chung vorgenommen worden. Eine Ertüchtigung für den Radverkehr werde in die Planungen einbezogen.

Ratsherr Thielicke bestätigt, dass die hier beschriebene Vorgehensweise in zahlreichen weiteren Städten und Gemeinden beim Landesbetrieb Straßen.NRW erfolgreich durchgeführt werde. Die Erstattung der Planungskosten erfolge durch den Landesbetrieb Straßen.NRW an die Stadt Lüdenscheid.

Vorsitzender Holzrichter betont, dass vor Beauftragung der Planung eine enge Abstimmung zwischen der Stadt Lüdenscheid und dem Landesbetrieb Straßen.NRW erfolge.

Ratsherr Bodenheimer fragt nach, ob Kosten in Höhe von über 1 Mio. € und die doch eher geringe Zeitersparnis diese Kosten rechtfertigten. Zudem dürfe der Radverkehr hier keinesfalls erneut benachteiligt werden. Er fragt weiter, wann eine Information insbesondere der unmittelbaren Öffentlichkeit erfolge. Er habe bei seinem heutigen Ortstermin von einer Nachbarin erfahren, dass hier bisher keinerlei Informationen zu geplanten Veränderungen der Verkehrsführung des Brückenkreuzes vorhanden seien.

Herr Hayer antwortet, dass sich die Planung derzeit noch absolut am Anfang befinde. Zunächst sei eine Machbarkeitsstudie bezogen auf den bestehenden Kraftverkehr mit dem Ziel beauftragt worden, den Knoten zukunftsfähig zu machen. Eine Einbindung des Radverkehrs werde ebenfalls jetzt beauftragt. Die Federführung liege bei der Stadt Lüdenscheid, so dass auch alle seitens der Stadt erforderlichen Dinge bei den Planungen berücksichtigt würden.

Herr Bärwolf ergänzt, dass eine Information der Öffentlichkeit und der Anwohner erfolge, sobald die ersten Pläne fertiggestellt seien. Die Einbindung des Rad- und Fußverkehrs in die Planung sei nun Aufgabe des zu beauftragenden Planungsbüros.

Ratsherr Bodenheimer betont, dass die Fahrbahnverengung auf der Herscheider Landstraße sowie die Verkehrssituation bezogen auf den Neubau des Lidl-Marktes in der Wefelshohler Straße s.E. Probleme auslösen würden.

Vorsitzender Holzrichter betont, dass hier zunächst die generelle Vorgehensweise geregelt werden solle. Details müssten erst bezüglich der Ausbauplanung entschieden werden. Die Stadt solle die Planung organisieren und die hierfür entstehenden Kosten dann dem Landesbetrieb Straßen.NRW in Rechnung stellen.

Eine frühzeitige Einbindung der Öffentlichkeit gelte für alle Planungen.

Ohne weitere Diskussion empfehlen die Ausschussmitglieder dem Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Planungsleistungen zur Umgestaltung von klassifizierten Straßen in der Baulast des Landesbetriebs Straßenbau NRW zu übernehmen. Die Kostenübernahme für die Planungsleistung erfolgt durch den Landesbetrieb Straßenbau NRW und wird projektbezogen mittels Schriftwechselvereinbarung geregelt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 16
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

5. Förderantrag für das „Sofortprogramm zur Stärkung unserer Innenstädte und Zentren in Nordrhein-Westfalen 2020“ gemäß der Ziffern 3.1 Verfügungsfonds Anmietung und 3.2 Unterstützungspaket Einzelhandels-großimmobilien Vorlage: 210/2020

Ohne Diskussion empfehlen die Ausschussmitglieder dem Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Lüdenscheid stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu, einen Förderantrag nach dem „Sofortprogramm zur Stärkung unserer Innenstädte und Zentren in Nordrhein-Westfalen 2020“ für die
 - Anmietung von leerstehenden Ladenlokalen und deren mietreduzierter Weitervermietung
 - sowie in ergänzender Unterstützung des IHKA (Integriertes Handlungskonzept Altstadt) für die Durchführung von städtebaulichen Planungen für den Bereich Parkpalette Turmstraße, einer großflächigen Einzelhandelsimmobilie in der südlichen Altstadt und der Außenanlagen des Kulturhauseszu stellen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den erforderlichen Eigenanteil aus den Haushaltsstellen „Maßnahmen Leerstandsmanagement“ und „Planungsleistungen“ bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 16
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

6. Regelungsbedarf zu E-Ladesäulen und Heizpilzen im öffentlichen Raum Vorlage: 212/2020

Ohne Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

7. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte

7.1. Vorstellung der Projektarbeit zum Thema "Wahlwerbung"

Vorsitzender Holzrichter begrüßt die Nachwuchskräfte Carina Böhme, Johanna Ziomkowski, Ronja Reichel und Marion Lindner, die gemeinsam die heute vorzustellende Projektarbeit zum Thema „Wahlwerbung“ verfasst haben.

Herr Rotter führt zunächst einleitend aus, dass es bekanntlich seit längerer Zeit immer wieder Probleme mit der Wahlplakatwerbung gegeben habe. Hier hätten bei jeder Wahl viele Mitarbeiter viel Arbeitszeit aufwenden müssen und zudem seien die Kosten hoch gewesen. Sechs Nachwuchskräfte hätten nun ihre Projektarbeit zum Thema Wahlwerbung im öffentlichen Raum erstellt, um zu prüfen, ob es andere Möglichkeiten der Wahlwerbung ggf. mit höherer Akzeptanz und/oder geringeren Kosten gebe. Unterstützt worden seien die insgesamt sechs Nachwuchskräfte vom Fachdienst Bürgeramt, dem Fachdienst Personal und vom Fachdienst Bauservice.

Anschließend stellen die vier anwesenden Nachwuchskräfte fest, dass die derzeitige Praxis nicht rechtssicher sei. Anhand der im **Rats- und Bürgerinformationssystem** eingestellten Präsentation erläutern sie die Vorgehensweise zur Erfassung der erforderlichen Daten. Als Fazit schlagen die Projektgruppenmitglieder vor, den Vertrag mit der Firma Mediateam nicht zu verlängern und stattdessen freie Plakatierungen zu ermöglichen. Der Vertrag mit der Firma Westfa über die Großflächenplakatwände solle für seine Laufzeit bis ins Jahr 2024 bestehen bleiben. Die Wahlkampfstände würden derzeit nach einer gewissen Gewohnheitsregel auf dem Sternplatz aufgestellt. Hier werde vorgeschlagen, eine bessere Verteilung um den Brunnen herum festzulegen. Darüber hinaus könnten dann vor der Sitzstufentreppe noch weitere mobile Wahlkampfstände ggf. kleinerer Parteien aufgestellt werden. Eine rechtssichere Lösung könne nach der erfolgten Recherche nur in Form einer Ergänzung der bereits bestehenden Sondernutzungssatzung erreicht werden.

Nach kurzer intensiver Diskussion stellt Vorsitzender Holzrichter zunächst fest, dass die Arbeit der Nachwuchskräfte sehr positiv zu bewerten sei. Es sei ersichtlich, dass weiterer Handlungsbedarf bestehe. Hohlkammerplakate bestünden überwiegend aus Kunststoff und müssten insbesondere aufgrund des verabschiedeten Klimaschutzkonzeptes abgelehnt werden. Die Chancengleichheit bei der Vergabe von Plakatstandorten und des Vergabeverfahrens für die Großflächenplakatwände müsse dringend verbessert werden. Um eine Vergleichbarkeit auch für andere Werbende zu erreichen, solle die Verwaltung eine Kostengenerierungsfähigkeit fertigen. Darin solle auch enthalten sein, wie viele Holztafeln rechtssicher zu

welchen Kosten genutzt werden könnten. Die Briefwahlunterlagen seien bereits ca. 6 Wochen vor Wahlen erhältlich, so dass bereits ab diesem Zeitpunkt Wahlwerbung ermöglicht werden müsse.

Um bereits für die Bundestagswahl im September 2021 eine gemeinsame Linie zu haben, werde die Verwaltung beauftragt, zeitnah zunächst einmalige und laufende Kosten für die Wahlwerbung zusammenzustellen. Diese Zusammenstellung werde den Fraktionen zur Verfügung gestellt, damit eine interfraktionelle Beratung erfolgen könne. Herr Rotter wird beauftragt, zu einer fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe einen Vertreter je Fraktion einzuladen. Sodann werde die Verwaltung eine entsprechende Ergänzung der Sondernutzungssatzung vornehmen.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich bei den Nachwuchskräften für die gute Arbeit und bei Herrn Rotter für die Unterstützung. Er bittet Herrn Rotter, die ausführliche Projektarbeit den Ausschussmitgliedern und Fraktionen ebenfalls zur Verfügung zu stellen.

7.2. Sachstandsbericht zu den Verbesserungsvorschlägen der "IG Rad und Tat" in der Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt sowie Bau und Verkehr vom 17.06.2020

Vorsitzender Holzrichter begrüßt Frau Niggemann-Schulte vom Fachdienst Verkehrsplanung und -lenkung sowie Herrn Theis und die weiteren Gäste der IG Rad und Tat. Er erinnert daran, dass in der Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt sowie Bau und Verkehr am 17. Juni 2020 durch Herrn Theis einige Vorschläge der IG Rad und Tat zur Verbesserung des Radverkehrs in Lüdenscheid vorgestellt worden seien. Die Verwaltung sei beauftragt worden, möglichst viele der Vorschläge umzusetzen. Lediglich die kritischen Bereiche sollten erneut im Ausschuss vorgestellt werden, um hier Lösungen zu finden. Er bittet Frau Niggemann-Schulte um Vortrag.

Frau Niggemann-Schulte stellt anhand der im **Rats- und Bürgerinformationssystem** eingestellten Präsentation sowohl die umgesetzten als auch die kritischen Vorschläge vor. Beispielsweise sei es in der Winkhauser Straße aufgrund der Straßenraumbreite und des ausgewiesenen Parkstreifens nicht möglich, auch noch einen Radfahrstreifen einzurichten. Die Neuenhofer Straße sei eine Privatstraße, so dass eine Entfernung der Umlaufsperrren nicht einfach umgesetzt werden konnten. Die Verwaltung werde den Kontakt zum Eigentümer aufnehmen, um die Möglichkeit einer Verbesserung für Radfahrer zu besprechen.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich bei Frau Niggemann-Schulte für die Vorstellung der Lösungen. Der IG Rad und Tat dankt er für die Zusammenstellung der Verbesserungsvorschläge für den Radverkehr in Lüdenscheid und die intensive Mitarbeit. Es sei ein positives, lobenswertes Beispiel, wie sich Lüdenscheider Bürgerinnen und Bürger in die Gestaltung ihrer Stadt einbringen können.

Herr Theis bedankt sich bei Frau Niggemann-Schulte für die so zügige Bearbeitung und Umsetzung. Die Schnelligkeit und das Ergebnis hätten die Befürchtungen einiger Bürgerinnen und Bürger Lügen gestraft.

Auf Nachfrage von Rats Herrn Meyer erläutert Herr Koppmeier, dass die Geländer auf Brücken für die Nutzung durch Fahrradverkehr eine Höhe von 1,3 m aufweisen müssten. Gegebenenfalls könne das Geländer der Brücke „Im Winkel“ Bestandsschutz genießen. Eine Erhöhung des Geländers sei ebenfalls denkbar. Im Zuge der Planungen der Sanierung der Brücke sei zwischenzeitlich festgestellt worden, dass diese für die festgestellten Schäden

nicht ausreiche. Hier werde eine Teilerneuerung oder sogar ein kompletter Neubau erforderlich. Sobald hierüber Klarheit bestehe, werde der Ausschuss entsprechend informiert.

Vorsitzender Holzrichter bittet die Verwaltung, die Problematik mit dem vorhandenen Geländer zu prüfen und ggf. erforderliche Änderungen bei den Planungen für die Brücke zu berücksichtigen.

8. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

8.1. Bekanntgaben

8.1.1. Sachstand zur Verkehrssituation im Starenweg gem. Antrag der SPD-Fraktion vom 13. Juni 2020 in der Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt sowie Bau und Verkehr am 17.06.2020

Herr Hayer erläutert zunächst die bestehende Durchfahr- und Geschwindigkeitssituation in der Straße „Starenweg“, die die Anwohner als besonders belastend empfänden. Er führt aus, dass aufgrund des Antrages der SPD-Fraktion in der Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt sowie Bau und Verkehr am 17.06.2020 zunächst eine erneute Verkehrserhebung durchgeführt worden sei. Hierbei konnten gegenüber der Erhebung aus November 2017 lediglich 20 zusätzliche Kraftfahrzeuge pro Tag mehr gezählt werden. Somit sei von einer durchschnittlichen Belastung von ca. 700 Kraftfahrzeugen pro Tag auszugehen, von denen ca. 40 % Eigenverkehr und ca. 60 % Fremdverkehr seien. In Wohnstraßen sei gemäß der Richtlinie für die Anlage von Straßen (FGSV) eine Verkehrsbelastung von unter 4.000 Kraftfahrzeugen pro Tag anzustreben. Die Verkehrsbelastung liege hier weit unter diesem Grenzwert. Die Überprüfung der Unfalldaten habe ergeben, dass diese sowohl im „Starenweg“ als auch in der angrenzenden Straße „Im Olpendahl“ unauffällig seien und somit keinen Handlungsbedarf auslösten. Die Vorschläge aus der Bürgerschaft seien darauf geprüft worden, inwieweit sie für eine verkehrliche Entlastung in der Straße „Starenweg“ sorgen würden. Die Einrichtung einer Einbahnstraße würde lediglich den Durchgangsverkehr in eine Richtung auf null reduzieren. Die Durchfahrgeschwindigkeit würde sich – wie bei der Festlegung von Einrichtungsverkehr üblich – erhöhen und dadurch ein größeres Risiko mit sich bringen. Eine Reduzierung von ca. 50 Kraftfahrzeugen pro Tag bedeute keine wesentliche Verbesserung der Situation. Daher lehne die Verwaltung diese Lösungsmöglichkeit ab. Eine Sperrung der Durchfahrt und somit Einrichtung einer Sackgasse erfordere die Herstellung mindestens einer Wendestelle. Lediglich der Bau von Wendestellen im Einmündungsbereich zur Straße „Im Olpendahl“ oder im Einmündungsbereich der „Rahmedestraße“ böten eine ausreichende Wendemöglichkeit für Lieferfahrzeuge und die Entsorgungsfahrzeuge des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes Lüdenscheid (STL). Eine Verbesserung der verkehrlichen Situation könne hierdurch jedoch nicht erreicht werden, da im Anschlussbereich der Straße lediglich mit einer Reduzierung um 100 Kraftfahrzeuge pro Tag zu rechnen sei. Der Bau einer Wendefläche in Höhe des Garagenhofes – also ca. in der Straßenmitte – sei ebenfalls nicht umsetzbar, weil hier aufgrund der zu geringen Straßenbreite lediglich eine Wendemöglichkeit für PKW geschaffen werden könne. Die Unfallzahlen mit parkenden Fahrzeugen seien gering. Insgesamt sehe die Verwaltung die Belastung im „Starenweg“ als moderat beispielsweise im Vergleich zur Mathildenstraße mit ca. 1.000 Kraftfahrzeugen pro Tag oder dem Oeneking mit ca. 900 Kraftfahrzeugen pro Tag an. Im Einmündungsbereich „Im Olpendahl – Rahmedestraße“ liege die Verkehrsbelastung bei ca. 1.000 Kraftfahrzeugen pro Tag und Richtung für die Fahrbeziehung „Linksabbieger von der Rahmedestraße in die Straße Im Olpendahl“ sowie „Rechtsabbieger von der Straße Im Olpendahl in die Rahmedestraße“.

ße“. Dieses zeige, dass der wesentliche Teil der Verkehrsteilnehmer nicht die Abkürzung über den Starenweg suche.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Dudas führt Herr Hayer weiter aus, dass die Vorgabe der Abbiegemöglichkeiten im Bereich der beiden Einmündungen des Starenweges theoretisch denkbar seien, jedoch in der Praxis durch die Verkehrsteilnehmer eher weniger eingehalten würden.

Ratsfrau Skorupa fragt nach, ob es möglich sei, die Durchfahrt durch den Starenweg ggf. durch Einbauten unkomfortabler und damit unattraktiver zu machen. Herr Hayer antwortet, dass Einbauten jeglicher Art eigentlich nur im unmittelbaren Bereich schutzbedürftiger Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten oder Altenheimen vorgesehen seien. Derartige Einrichtungen seien im Starenweg jedoch nicht vorhanden. Zudem müsse auch bedacht werden, dass in der Straße durch die große Anzahl von Anwohnern mit Kraftfahrzeugen ein hoher Parkdruck bestehe. Die Möglichkeit, durch wechselseitige Einrichtung von Parkplätzen am Straßenrand den Verkehrsfluss und die Attraktivität der Durchfahrt zu beeinflussen, werde seitens der Verwaltung noch geprüft. Zusätzlich sei geplant, den Außendienst des Fachdienstes Recht, Öffentliche Sicherheit und Ordnung zwecks Geschwindigkeitsmessungen dort einzusetzen.

Vorsitzender Holzrichter schlägt vor, die Fahrzeugführer in diesem Zusammenhang auch zu ihrem Anliegen zu befragen, da der Starenweg lediglich für Anlieger frei nutzbar sei.

Die Verwaltung sagt dies zu.

8.1.2. Einrichtung von Tempo 30 zur Schulwegsicherung in der Kölner Straße im Bereich der Westschule

Herr Hayer führt aus, dass nach erfolgtem Beteiligungsverfahren sowohl zur Schulwegsicherung als auch zur Umsetzung des Lärmaktionsplanes nun kurzfristig die „Tempo-30-Beschilderung“ in Verbindung mit der Beschilderung „Achtung Kinder“ in der Kölner Straße im Bereich der Westschule angebracht werde.

8.1.3. Sachstand zur Verkehrssituation im Bereich der Kindertagesstätte in der Bahnhofsallee

Herr Hayer führt aus, dass bereits mehrere Maßnahmen durchgeführt worden seien, um die Verkehrssituation im Bereich der Kindertagesstätte Kinderplanet in der Bahnhofsallee zu optimieren. Im Zuge der ersten Geschwindigkeitsüberprüfungen sei festgestellt worden, dass von 85 % der Verkehrsteilnehmer eine Geschwindigkeit von 42 km/h dort nicht überschritten werde (V85). Daraufhin sei eine zusätzliche Beschilderung „Achtung Kinder“ angebracht worden, um die Kraftfahrzeugführer gesondert auf die Kindertagesstätte aufmerksam zu machen. Eine zweite Messung habe ergeben, dass durch die Beschilderung lediglich eine Reduzierung der V85 in diesem Bereich auf 38 km/h erreicht werden konnte. Als weitere Maßnahme sei nun vorgesehen, Piktogramme „Achtung Kinder“ beidseitig auf die Fahrbahnen zur Sensibilisierung der Kraftfahrzeugführer aufzubringen. Eine Überprüfung dieser Maßnahme werde zu gegebener Zeit durch eine weitere Geschwindigkeitsmessung vorgenommen. Gegebenenfalls könne hier auch die zumindest zeitweise Installation des Dialogdisplays der Verkehrswacht eine Besserung der Situation bringen. Hierzu werde derzeit geprüft,

wo dieses aufgestellt werden könne, da zum Betrieb des Displays eine Stromversorgung nötig sei.

8.1.4. Sachstand zum Thema "Einrichtung eines Halteverbotes im Paolaweg" gem. Anfrage des Rats Herrn Ferber

Herr Hayer führt aus, dass im Rahmen eines Ortstermins der zugeparkte Wendebereich im Paolaweg festgestellt werden konnte. Insbesondere für die Fahrzeuge des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes Lüdenscheid (STL) seien hier große Probleme bestätigt worden. Der STL habe hier um Freistellung der erforderlichen Wendestelle gebeten. Problematisch sei darüber hinaus, dass die Anwohner durch eine im Verhältnis zu den vorhandenen Kraftfahrzeugen zu geringe Anzahl an Stellplätzen unter hohem Parkdruck litten. Zwischenzeitlich seien die Müllfahrzeuge des STL durch kleinere ersetzt worden, so dass es möglich geworden sei, fünf Stellplätze auf öffentlicher Fläche neu zu schaffen. Gespräche mit der Wohnungsgesellschaft hätten ergeben, dass diese weitere 6 Stellplätze auf der privaten Fläche einrichte. Somit hätten die Probleme minimiert werden können. Eine Information über diese Maßnahme in der örtlichen Presse sei leider dieses Mal urlaubsbedingt erst nach der Umsetzung erfolgt. Üblicherweise erfolge die Bekanntmachung zeitnah vor der Umsetzung und werde künftig auch wieder so erfolgen.

8.1.5. Sachstand zur Verkehrsführung in der Straße "Im Opendahl" zwischen der Einmündung der Straße "Am Weiten Blick" und der "Heedfelder Straße"

Herr Hayer teilt mit, dass im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen der Fahrbandecke zusätzliche Parkflächen am Fahrbahnrand angeordnet würden. Die Markierungen würden wechselseitig vorgenommen, um eine zusätzliche Reduzierung der Geschwindigkeit des Fahrzeugverkehrs zu erreichen.

8.1.6. Sachstand zur Verkehrsführung in der Straße "Vogelberger Weg" in Höhe des Netto-Marktes

Herr Hayer führt weiter aus, dass die Verkehrsführung im Vogelberger Weg in Höhe des Netto-Marktes verändert werde. Mehrfache Verkehrszählungen hätten ergeben, dass von den gegenüber der Zufahrt zum Netto-Markt vorhandenen 11 Stellplätze am Fahrbahnrand in der Regel maximal 4 genutzt seien. Zur Erhöhung der Sicherheit der Fußgänger solle nun in diesem Bereich ein regelkonformer Aufstellbereich für Linksabbieger auf den Parkplatz des Netto-Marktes markiert und zusätzlich hinter der Einmündung eine Querungshilfe für die Fußgänger eingebaut werden. Der barrierefreie Ausbau der Bushaltestellen sei für das Jahr 2021 vorgesehen.

Auf Nachfrage von Rats Herrn Franke erläutert Herr Bärwolf, dass der Netto-Markt nicht neu gebaut werde. Es seien hier lediglich eine Erweiterung im kleineren Ausmaß und eine Neugestaltung der Fassade vorgesehen.

8.1.7. Regelung des ruhenden Verkehrs in der "Friedrich-Wilhelm-Straße"

Herr Hayer führt aus, dass in der Friedrich-Wilhelm-Straße die bergauf vor den Häusern Nr. 27 bis Nr. 35 bereits als Stellplätze genutzte Fläche Stellplatzmarkierungen erhalte, damit eine bessere Ausnutzung erreicht werde.

Ratsherr Dudas merkt an, dass aufgrund starker Verschmutzungen nicht zu erkennen sei, dass die Friedrich-Wilhelm-Straße eine Spielstraße sei. Darüber hinaus gebe es hier zahlreiche Raser, die dann regelmäßig den Bürgersteig überfahren. Er regt an, hier zeitnah Geschwindigkeitsmessungen durchzuführen.

Herr Hayer antwortet, dass diese Problematik bekannt sei. Die Verwaltung werde erneute Messungen durchführen.

8.2. Beantwortung von Anfragen

8.2.1. Beantwortung der schriftlichen Anfrage des Ratsherrn Pickard vom 17.08.2020 zur Baumaßnahme in der Straße "Am Kamp"

Vorsitzender Holzrichter führt aus, dass Anfrage und Beantwortung des Ratsherrn Pickard den Ausschusmitgliedern als Tischvorlage vor der Sitzung zur Verfügung gestellt worden seien. Er fragt, ob Ratsherr Pickard noch Rückfragen hierzu habe.

Ratsherr Pickard bedankt sich für die Beantwortung. Weitere Nachfragen bestünden nicht.

Vorsitzender Holzrichter bittet, die Anfrage und die Beantwortung als **Anlage** zur Niederschrift zu nehmen.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Ferber erläutert Herr Koppmeier, dass die ausführenden Firmen trotz der Pandemielage sehr volle Auftragsbücher hätten und es daher zu Zeitverzögerungen kommen könne. Für die Baumaßnahme in der Straße „Zum Weißen Pferd“ sei seitens der ausführenden Firma eine Bauzeit von maximal zwei Jahren zugesichert worden. Die Fertigstellung erfolgte wesentlich schneller und es sei gute Arbeit, insbesondere vor dem Hintergrund, dass es sich um eine schwierige Baustelle gehandelt habe, abgeliefert worden. Bedacht werden müsse auch, dass auch die Verwaltung zum Teil massive Probleme mit den Anwohnern habe lösen müssen. Grundsätzlich sei es möglich, Vertragsstrafen in die Aufträge einzurichten. Im vorliegenden Fall hätte diese jedoch nicht gegriffen.

Ratsherr Ferber bedankt sich für die Antwort.

8.3. Anfragen

8.3.1. Anfrage der Ratsfrau Mewes zum Thema "Einrichtung von Anwohnerparken in der Südstraße"

Ratsfrau Mewes führt aus, dass sich der Parkdruck für die Bewohner in der Südstraße und den anliegenden Straßen mehr und mehr erhöhe. Es gebe immer mehr Autofahrer, die kostenlose Parkplätze suchten. Hierbei handele es sich sowohl um Stadtbesucher, Berufstätige aus der Innenstadt, Besucher des Altenheims und demnächst auch die Klienten des Jobcen-

ters. Derzeit seien hier innenstadtnah kostenlose Parkplätze vorhanden. Sie fragt an, ob in der Südstraße und den angrenzenden Straßen Bewohnerparkplätze eingerichtet werden könnten, um ihnen eine Parkmöglichkeit in Wohnungsnähe zu schaffen.

Vorsitzender Holzrichter bittet die Verwaltung um Prüfung und direkte Information an Ratsfrau Mewes.

8.3.2. Anfrage der Ratsfrau Hertes zum Thema "Aufstellen eines Verkehrsspiegels in der Straße Worthnocken in Höhe der Einmündung der Straße Am Worthang"

Ratsfrau Hertes führt aus, dass sie von einem Anwohner angesprochen worden sei, ob die Möglichkeit bestehe, gegenüber der Ausfahrt der Straße „Am Worthang“ zum Abbiegen in die Straße „Worthnocken“ einen Verkehrsspiegel zu installieren. Aufgrund der parkenden Kraftfahrzeuge sei es nicht möglich, um nach rechts in die Straße „Worthnocken“ einzubiegen, den bergauf fahrenden Verkehr einzusehen. Hier komme es regelmäßig zu brenzligen Situationen.

Die Verwaltung sagt eine Prüfung und Rückmeldung an Ratsfrau Hertes zu.

8.3.3. Anfrage der Ratsfrau Hertes zum Thema "Aufstellen eines Verkehrsspiegels in der Straße Honselers Bruch in Höhe der Einmündung der Straße Danziger Weg bzw. Parkplatz des Sportplatzes Honsel"

Ratsfrau Hertes fragt an, ob in der Straße „Honselers Bruch“ in Höhe der Einmündung „Danziger Weg“ ebenfalls ein Verkehrsspiegel aufgestellt werden könne. Befahre man den „Danziger Weg“ am Sportplatz Honsel hinunter in Richtung „Honselers Bruch“ und wolle nach links in den „Honselers Bruch“ abbiegen, könne man aufgrund der parkenden Kraftfahrzeuge den bergauf fahrenden Verkehr nicht einsehen. Diese Situation verschärfe sich noch, wenn auf dem Sportplatz Honsel Spielbetrieb herrsche. Sie fragt, ob es möglich sei, hierdurch Abhilfe zu schaffen.

Die Verwaltung sagt eine Prüfung und direkte Rückmeldung an Ratsfrau Hertes zu.

8.3.4. Anfrage des Rats Herrn Ferber zum Thema "Aufstellen von Absperrbügel im Bereich der Fußgängerampel in der Nottebohmstraße zum Schutz der Kinder auf dem Schulweg"

Rats Herr Ferber fragt im Nachgang zu seiner Anfrage zur Schulwegsicherung in der Nottebohmstraße an, ob im Bereich der Fußgängerampel auf der Nottebohmstraße zum Schutz der Kinder auf dem Schulweg dort Absperrbügel o. ä. installiert werden könnten. Er bittet um kurzfristige Prüfung und Schaffung einer Sicherungsmaßnahme.

Herr Hayer führt aus, dass das Aufstellen von Absperrgittern in diesem Bereich schwierig sein könne. Er werde prüfen, ob hier ggf. Absperrpfosten installiert werden könnten. Rats Herr Ferber erhalte eine direkte Rückmeldung.

8.3.5. Anfrage des Rats Herrn Bodenheimer zum Thema "Sachstand der Umbauarbeiten im Alten Rathaus"

Rats Herr Bodenheimer fragt an, ob die Umbaumaßnahme im Alten Rathaus noch im Zeitplan liege. Es sei bereits seit einiger Zeit keine Bautätigkeit mehr festzustellen, da auch keine Handwerkerfahrzeuge mehr zu sehen seien.

Frau Abendroth antwortet, dass derzeit nur sehr wenige Handwerker im Gebäude tätig seien. Es erfolge aber momentan die Abstimmung der einzelnen Elektroinstallationen aus den IHK-Maßnahmen und der Digitalisierung aufeinander in einer Art Werk-Montage-Planung. In Kürze würden insbesondere die Elektroarbeiten wieder massiv aufgenommen. Insgesamt sei die Baumaßnahme im vorgesehenen Zeitplan.

Rats Herr Bodenheimer bedankt sich für die Antwort.

8.3.6. Anfrage des Rats Herrn Dudas zum Thema "Massive Verschmutzung des Eingangsbereichs des Forums insbesondere durch Taubenkot"

Rats Herr Dudas führt aus, dass im Bereich des Eingangs zum Forum auf dem Sternplatz ständig eine starke Verschmutzung durch Taubenkot festzustellen sei. Diese verursache eine hohe Unfallgefahr insbesondere bei Regen. Er bittet die Verwaltung darum, nachhaltige Abhilfe zu schaffen.

8.3.7. Anfrage des Rats Herrn Dudas zum Thema "Haltelinie für den PKW-Verkehr im Bereich der Buswendestelle Sauerfelder Straße/Hochstraße"

Rats Herr Dudas fragt, wann im Bereich der Buswendestelle in der Hochstraße/Ecke Sauerfelder Straße die zugesagte Haltelinie für den Kraftfahrzeugverkehr auf der Hochstraße markiert werde.

Herr Hayer antwortet, dass in Kürze die komplette Lichtsignalanlage in diesem Einmündungsbereich saniert werde. Im Zuge dieser Arbeiten werde die entsprechende Markierung vorgenommen. Die Sanierungsarbeiten würden noch im Herbst 2020 ausgeführt.

Rats Herr Dudas bedankt sich für die Antwort.

gez. Holzrichter

Vorsitzender

gez. Stoltefaut-Voß

Schritfführerin